

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die Union muß an ihrem rechten Rand Ordnung schaffen und sich von rechtsradikalen Kräften klarer als bisher distanzieren, fordert der stellvertretende SPD-Vorsitzende **Wolfgang Thierse MdB**.

Seite 1

Die Kanzler-Show der Konservativen: peinlich überhöht, heroisch-hysterisch und fernab jeglicher Realität, konstatiert **Manfred Opel MdB**.

Seite 2

Das CDU-Wahlprogramm stellt die sozial Schwachen ins Abseits und schadet weiter den Interessen Ostdeutschlands, stellt **Hinrich Kuesner MdB** fest.

Seite 2

Dokumentation

"Wie wir morgen leben können" - Grundsätzliches aus dem jüngsten Papier der SPD-Grundwertekommission.

Seite 3

"Bekämpfung der Armut" - Vorschläge der Kirchen in dem ökumenischen Papier "Wege zu einer Erneuerung" (Entwurf).

Seite 5

49. Jahrgang / 161

23. August 1994

Klaren Trennungsstrich nach rechts ziehen

CDU/CSU darf an ihrem rechten Rand keine Grauzone dulden

Von **Wolfgang Thierse MdB**

Stellvertretender Parteivorsitzende der SPD

Endlich melden sich auch innerhalb der Union die Stimmen, die es nicht hinnehmen, daß ihre Partei die Blindheit auf dem rechten Auge beibehält. Mit großem Nachdruck hat der Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger am Wochenende in der "Berliner Zeitung" seine Partei aufgefordert, eine Dokumentation über die Zusammenarbeit zwischen Unionsmitgliedern und rechtsradikalen Kräften zu erstellen. Diese Dokumentation solle der Parteivorsitzende Helmut Kohl der Öffentlichkeit selbst vorstellen.

Ich möchte mich der Aufforderung von Herrn Pflüger ausdrücklich anschließen. Es ist unerträglich, daß die CDU/CSU das Land mit Volksfront-Kampagnen in einer Zeit überzieht, in der das Anzünden von Häusern ausländischer Mitbürger, von jüdischen Einrichtungen, die Gewalt gegen Fremde bis hin zum rassistisch motivierten Mord zum bundesrepublikanischen Alltag der neunziger Jahre geworden ist. Die Union muß unmißverständlich deutlich machen, daß sie auch mit den intellektuellen Wegbereitern dieser rechtsextremistischen Gewaltorgien, mit den nationalistischen Verharmlosern nichts zu tun hat, daß sie hier keine Grauzonen duldet.

Augenzwinkernden Gastautorenschaften in rechtsextremistischen Publikationen wie "Criticon" oder der "Jungen Freiheit" muß ein Ende bereitet werden. Und es wäre sicher hilfreich, wenn diejenigen, die wie Herr Schäuble der Ideologie des Nationalstaats neue Integrationsaufgaben zuweisen möchten, einen klaren Trennungsstrich ziehen zu den Verharmlosern des Holocaust wie Professor Nolte, die uns angeblich "sanfter" italienischen Frühfaschismus als erträgliche Variante europäischer Modernisierung preisen.

Den rechtsextremistischen Prügeltruppen kann man mit den Mitteln des Strafrechts Einhalt gebieten. Die intellektuelle Offensive der alten und neuen Rechten wird eine auf Dauer erodierende Wirkung haben, wenn die Union keine klaren Grenzpfähle setzt.

(-/23. August 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kernstädter Zeitung
auf wertvollen Rohstoffen
recycled-Paper



King Kohl?

Kanzler-Show der Konservativen fernab jeglicher Realität

Von Manfred Opel MdB

Die Lobhudeleien über "unseren Kanzler" haben die ohnehin nicht schmale Grenze der Peinlichkeit bereits weit überschritten.

Nicht nur die konservative Einheitspresse präsentiert das "Machtzentrum" Kanzler. Ungeniert wird Helmut Kohl als Bürger-King mit List, Lust und Lässigkeit, als Lokomotive und als Leithammel dargestellt.

Der Manipulation ist nichts zu darb. Hier das strahlende Schwergewicht und dort der nachdenkliche Herausforderer. Die Überhöhung ist längst zur Abgehobenheit geraten.

Die Wahlkampfmaschine des konservativ-herrschenden Interessenküngels hebt ab in heroische Hysterie.

Ausgerechnet der Verursacher der Schuldenlawine, einer maßlos ansteigenden Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und eines übersteigerten Egoismus der Reichen und Superreichen wird zum Erlöser hochstilisiert. Früher hätte der Volksmund gesagt, man macht den Räuber zum Retter. Heute trägt die Kampagne der Union ungeniert bereits messianische Züge.

Helmut Kohl ist in Wirklichkeit nicht der Retter für unsere gesplittete Gesellschaft, sondern der Schuldige an unserem Desaster.

Die Show der Konservativen ist gespenstisch und fern jeder Realität. Der tönerne Koloß Kohl wird hochgeschrieben und hochgeredet, obwohl sein Fundament längst marode ist und zu bröckeln beginnt. Einige in der Union haben das begriffen. Doch auch sie können nichts gegen den Goliath-Kultur des gesteuerten Medienimperiums unternehmen. Offenbar markt "King Kohl" nicht oder nicht mehr, daß sich die Geister, die er rief oder willig gewähren ließ, längst verselbständigt haben.

Wenn der selbstherrliche Kohl nochmals vier Jahre Gelegenheit erhält, unsere Gesellschaft weiterhin zu splitten, werden schließlich alle sagen: "Das haben wir nicht gewollt".

Schon jetzt ist "King Kohl" der weitaus teuerste Kanzler aller Zeiten. Jeder, der noch Arbeit hat, muß bereits 60.000 DM Staatsschulden tragen. Wenn Walgel und Kohl ihre Pläne durchsetzen dürfen, wird es in vier Jahren sogar etwa das Doppelte sein.

Ein wahrhaft teurer Helmut!

(-/23. August 1994/hgs/ks)

Union schadet den Interessen Ostdeutschlands

CDU-Wahlprogramm stellt Sozialschwache ins Abseits

Von Hinrich Kuessner MdB

SPD-Kandidat für das Amt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern

Die CDU erklärt in ihrem Wahlprogramm, daß Sozialhilfeempfänger zu "zumutbaren" Beschäftigungen herangezogen werden können. Wenn dies Sozialhilfeempfänger ablehnen, sollen ihnen Beihilfen gekürzt werden.

Diese Aussage der CDU unterstellt, daß Sozialhilfeempfänger arbeitsscheu sind. Entweder weiß die CDU nicht, wovon sie redet. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 71.000 Sozialhilfeempfänger. In vielen Gesprächen haben mir diese Menschen immer wieder nur einen Wunsch vorgetragen, daß Politiker mithelfen, daß sie zu Arbeit kommen. Sie wollen nicht von Beihilfen abhängig sein. Sie würden gerne selbst ihren Lebensunterhalt verdienen. Es gibt in unserem Land Menschen, die die Sozialhilfe nicht beantragen, weil sie das als Erniedrigung empfinden.

Oder will die CDU mit ihren Wahlkampfaussagen ablenken von ihren politischen Fehlern? Vier Jahre CDU-Politik haben in Ostdeutschland ein negatives Ergebnis:

- o Von 4,1 Millionen Arbeitsplätzen in Treuhandbetrieben sind bis Ende 1993 nicht einmal 1,3 Millionen in Treuhand- und Ex-Treuhandbetrieben vorhanden.
- o Von 2,5 Millionen Industriearbeitsplätzen sind nur rund 650.000 übrig geblieben.
- o Es wird mit einem Verlust von 70.000 Industriearbeitsplätzen gerechnet.
- o Von einstmalig rund 75.000 industrienahen Forschern sind gegenwärtig nur noch 13.000 tätig.
- o Nach dem Fall der Mauer sind 1,1 Millionen Menschen von Ost- nach Westdeutschland umgezogen.
- o Ostdeutsche pendeln nach Westdeutschland zur Arbeit.
- o Circa eine Millionen Wohnungen fehlen derzeit.
- o der Geburtenrückgang ist dramatisch und zeigt die ganze Verunsicherung junger Menschen.

Nicht die Sozialhilfeempfänger sind arbeits scheu, sondern die Politik der CDU hat sie in die Arbeitslosigkeit verstoßen. CDU-Politik hat die Reichen bedient. Auch dafür zwei Beispiele:

1. Ein Gutsbesitzer, der in Mecklenburg-Vorpommern vor der Bodenreform 1.000 Hektar bewirtschaftete, dann seit 1949 in Westdeutschland lebte und Lastenausgleich erhielt, soll hier jetzt verbilligt Land kaufen können. Ein Geschenk der Bundesregierung, das uns, die Steuerzahler, 536.000 DM kostet.
2. Ein 30-jähriger Abteilungsleiter der Treuhandanstalt erhielt ein Jahresgehalt von 180.000 DM. Als ihm das zu wenig war, machte er sich selbständig und bekam von seiner alten Treuhandabteilung Millionenaufträge.

Die Politik in Deutschland muß wieder sozial gerechter werden. Nur so hat die Demokratie eine Chance.

(-/23. August 1994/hgs/ks)

DOKUMENTATION

Wie wir morgen leben können

Die Grundwertekommission beim Vorstand der SPD hat unter dem Titel "Dem Fortschritt eine neue Richtung geben" ein Papier erarbeitet, das sich mit grundlegenden Veränderungen unserer Lebensbedingungen befaßt, ohne die die Lebenschancen unserer Kinder und Enkel empfindlich beeinträchtigt würden. Wir dokumentieren das Kapitel "Wie wir morgen leben können".

Wir wissen längst, daß Lebensstil, Wirtschaftsstil und Technikverständnis der Menschen in den hochentwickelten Industrieländern nicht allgemein nachahmbar sind. Gelänge es den Menschen überall auf der Welt tatsächlich, unseren Wirtschafts- und Lebensstil zu kopieren, so wäre der endgültige Zusammenbruch des Ökosystems der Erde die unmittelbare Folge. Wir wissen auch, daß wir so, wie wir leben, unseren Kindern und Enkeln die Lebenschancen mindern, ihnen Erblasten aufbürden, die sie in einen ehernen Käfig von Sachzwängen sperren und sie der Freiheit zu selbständiger Lebensgestaltung berauben.

Dort, wo die Notwendigkeit einer ökologischen Wende bejaht wird, herrscht nicht selten der irreführende Eindruck vor, daß die "guten Jahre", die Jahre des Wohlstands und der Freiheit zu Ende gehen. Nur noch Verzicht auf Wohlstand und ein gutes Stück unserer Freiheit, so heißt es, könne uns und künftige Generationen retten. Dahinter steckt ein ebenso primitives wie unhaltbares Verständnis von Wohlstand.

Doch es bahnt sich ein neues Verständnis von Wohlstand allmählich an. Bei weitem nicht alles, was wir herkömmlicherweise zu unserem Wohlstand zählen, verdient diese Bezeichnung. Viele Güter und Dienstleistungen in unseren Gesellschaften sind eigentlich überflüssig, das heißt sie werden nur deshalb erbracht, weil durch unsere Produktions- und Lebensweise Schäden und Beeinträchtigungen entstehen, die es nachträglich auszugleichen gilt. Wenn es gelänge, einen Teil der Schäden und

Beeinträchtigungen zu vermeiden, könnte ein Großteil jenes Aufwands entfallen, den wir fälschlicherweise nur auf der Habenseite verbuchen und der auf diese Weise zur Höhe unseres Bruttosozialprodukts beiträgt.

Für unser Wohlbefinden ist nicht der "Lebensstandard", schon lange nicht der Anteil des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung entscheidend, sondern das, was seit den 70er Jahren "Lebensqualität" genannt wird. Wir müssen lernen, genauer zu bilanzieren, was uns tatsächlich und auf Dauer zum Vorteil gereicht, wo Verzicht auf Dauer mehr Lebensqualität bedeutet und wo kurzfristige Gewinne uns in längerer Frist Verzicht aufröten. Ist es tatsächlich ein herber Verzicht, von München nach Hamburg mit dem Zug statt mit dem Auto zu fahren? Ist es unzumutbar, auf Erdbeeren im Dezember verzichten zu müssen? Ein schwerer Verzicht wäre es in der Tat, wenn unsere Kinder und Enkel die Sonne meiden müßten, weil ihnen Hautkrebs droht, wenn wir nicht mehr im Wald spazieren, in Flüssen und Seen nicht mehr baden könnten.

Wer nichts meint entbehren zu können, wird im Laufe der Zeit gezwungen werden, auf sehr viel zu verzichten. Andererseits bedeutet Verzicht auf der einen oft Gewinn auf der anderen Seite. Politische und persönliche Entscheidungen für das eine und gegen das andere können die Lebensqualität erheblich verbessern und zu einem hohen Maß an Zufriedenheit führen.

Die zum neuen, ökologisch dauerhaften Wohlstand gehörigen technischen und politischen Alternativen sind nicht nur ökologisch vernünftig. Sie machen uns genau besehen auch reicher. Nur wenn wir die ökologische Wende vollziehen, können wir weiter in Wohlstand und Freiheit leben. Denn je länger wir am alten Verbrauchsstil festhalten, um so gigantischer werden die Kosten der Umweltzerstörung sein. Schon heute werden sie auf rund 600 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt.

Es mag sein, daß Freiheit für alle historisch nur unter Bedingungen von "Fülle" und Vielfalt möglich ist. Aber wir brauchen ein neues Modell der Fülle, der Vielfalt, der Entfaltung. Wir brauchen auch ein Modell, in dem Solidarität und Gerechtigkeit überhaupt erst wieder möglich werden.

Niemand kann im Detail voraussagen, wie eine solche Gesellschaft der reichhaltigen Vielfalt aussieht. Und erst recht darf niemand ein solches Modell, gar einen neuen Lebensstil verordnen. Aber wir können uns Gedanken darüber machen, wie wir frei, menschenwürdig und in Wohlstand leben könnten, ohne unsere Lebensgrundlagen zu ruinieren. Wir müssen uns sogar darüber Gedanken machen, denn wir brauchen attraktive Bilder eines anderen Lebens, eines neuen Fortschritts, wenn wir die ökologische Kurskorrektur demokratisch, also mit bewußter Zustimmung der Mehrheit der Menschen vollziehen wollen. Es ist schwer vorstellbar, daß ein solcher Prozeß demokratisch vonstatten gehen könnte, wenn nur der Druck der nahenden Katastrophe und nicht auch die Vision eines anderen lebenswerten Lebens die Menschen motivierte, wenn ihnen keine andere Hoffnung gegeben werden könnte, denn die: als Gattung zu überleben. Was also haben wir zu gewinnen, wenn wir das ökologisch Notwendige politisch möglich machen?

Den materiellen Spielraum für eine neue Gesellschaft der Vielfalt und Fülle können wir auf dreierlei Weise schaffen:

1. Wir können Wohlstand dadurch schaffen, daß wir es vermeiden, durch unbedachtes Verhalten und falsche Politik Schäden, Mangel und damit künstlichen Abhilfe-Bedarf zu erzeugen. Vorbeugen ist tatsächlich billiger als Reparieren.
2. Wir können unseren Wohlstand dadurch mehr, daß wir Energie und Stoffe effizienter nutzen. Dabei darf die einzige dauerhaft verfügbare Energie, nämlich die Sonnenenergie nicht weiter vernachlässigt werden.
3. Die entscheidenden Möglichkeiten weiterer Reichtumssteigerung liegen in den hochentwickelten Industriegesellschaften nicht mehr in der Bereitstellung von immer mehr Gütern und Dienstleistungen pro Kopf der Bevölkerung, sondern in der Schaffung von Möglichkeiten selbstbestimmter Praxis und in der freieren Verfügung über die Zeit.

Wenn wir wollen, können wir in Zukunft Steigerungen der Arbeitsproduktivität in viel größerem Umfang als bisher zur Verkürzung der Arbeit im Erwerbsarbeitssystem nutzen statt zur fortgesetzten Ausweitung der Produktion und des Verbrauchs. Zeitsouveränität mit durchschnittlich nicht mehr als sechs Stunden Erwerbsarbeit pro Tag ist noch in diesem Jahrhundert möglich. Die Verkürzung der Zeit für Erwerbsarbeit schafft neuen und größeren Raum für Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und

unentgeltliche Gemeinwesenarbeit. Diese schaffen Werte, "Fülle" und Vielfalt, auch wenn sie nicht mit Geld bezahlt werden.

Unbezahlte Tätigkeiten dieser Art sind auch in der Regel gesellschaftlich wichtig und wünschenswert. Die Gesellschaft muß diese Tätigkeiten durch soziale Absicherung honorieren. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem "Trümmerfrauenurteil" vom Juli 1992 festgestellt, welches in seiner großen arbeitspolitischen Tragweite noch nicht erfaßt ist.

So würde auch die Überwindung der ungerechten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, ja sogar eine allgemeine Abmilderung der Zwänge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung realistisch. Aber auch im Erwerbsleben selbst könnte es sich als möglich und sogar notwendig erweisen, den arbeitenden Menschen einen höheren Grad an Selbstbestimmung einzuräumen, den Trend zur immer weiteren Zerstückelung der Arbeitsprozesse umzukehren, wie dies ja hier und da schon geschieht.

Zwangsmobilität zu vermeiden und Transporte zu reduzieren ist ein Teil der ökologischen Kurskorrektur. Es bietet sich an, in Zukunft wieder stärker darauf zu achten, so viel wie möglich mit lokal und regional verfügbaren Ressourcen für lokale und regionale Bedürfnisse zu produzieren, um den Bedarf an Transporten zu vermindern, um Lager, aufwendige Kühlung und Verpackung einzusparen.

Vielleicht läßt sich auch ein kultureller Wandel einleiten, der die Menschen dazu bringt, mehr Zeit der persönlichen Kommunikation zu widmen und dafür weniger der flüchtigen Oberflächenberührung, die der moderne Massentourismus offeriert. Im Zuge eines solchen Wandels könnte an die Stelle des gierigen Verschlingens wieder stärker der intensive Genuß treten, an die Stelle des Hastens vom Neuen zum Neuesten wieder der bewußte pflegliche Umgang mit Gebrauchsgütern. Diese würden dann, dem Markt folgend, haltbarer und reparierbarer hergestellt und dem Besitzer die Chance bieten, sich die Gegenstände tatsächlich zueigen zu machen und mit ihnen ein Stück Lebensgeschichte zu verbinden. Eine ökologisch vernünftige Neuordnung der Wirtschaft und des täglichen Lebens bedeutet mehr und nicht weniger Freiräume persönlicher Entwicklung und Entfaltung. Sie bedeutet auch nicht eine Rückkehr zur Statik traditioneller Gesellschaften, aber die Fixierung auf das rein Quantitative, auf das Höher, Schneller, Stärker wird ein Ende haben.

Die Technik wird weiter eine wichtige Rolle im Leben der Menschen spielen. Aber es wird in mancher Hinsicht eine andere Technik sein, eine dem Menschen angemessenere, fehlerfreundliche, eine Technik die nicht mehr in der Natur steht "wie eine Besatzungsarmee in Feindesland". Auch der technische Fortschritt braucht eine neue Richtung.

Der vernünftige Umgang mit den Ressourcen und die Abwendung von Raubbau und Zerstörung sind ein Beitrag zum Frieden in der Welt. Denn Konflikte entstehen zunehmend um Wasser, Öl, bewohnbares Land und andre natürliche Ressourcen.

Und den von sozialen und regionalen Konflikten gezeichneten Ländern des Südens und Ostens können wir am ehesten durch das Vorleben eines ebenso attraktiven wie ökologisch dauerhaften Lebens- und Wirtschaftsstils helfen.

(-/23. August 1994/hgs/ks)

Bekämpfung der Armut

Aus dem Entwurf des ökumenischen Papiers "Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" der katholischen und der evangelischen Kirche in Deutschland dokumentieren wir das Kapitel über die Bekämpfung der Armut:

Wie Armutsuntersuchungen der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände gezeigt haben, gibt es in Deutschland trotz der Wohlstandsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte und trotz des Sozialstaatsausbaus offene und verdeckte Armut in einem Umfang, der eine gezielte Politik der Armutsbekämpfung erforderlich macht, wenngleich die Armut in Deutschland keineswegs so dramatische Ausmaße hat wie in anderen wirtschaftlich entwickelten Ländern, nicht zu reden von den Ländern der Dritten Welt. Etwa 150.000 Obdachlose leben zur Zeit auf der Straße, weitere 800.000 Menschen in

Notunterkünften. Etwa 500.000 Kinder sind in Obdachlosenheimen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien (insbesondere Ausländer) mit geringem Einkommen, ältere Menschen mit geringem Einkommen (besonders Frauen ohne eigenen Rentenanspruch, "verschämte Altersarmut"), Langzeitarbeitslose, Asylbewerber und Aussiedler. Viele alleinerziehende Frauen sind auf Hilfen und Unterstützung angewiesen. Besonders in den neuen Ländern sind große Teile der Bevölkerung durch Armutsrisiken bedroht. Die bestehende Wohnungsnot und die außergewöhnlich angespannte Situation am Arbeitsmarkt verschärfen die Probleme.

Armut ist mehr als einfach nur Einkommensarmut. Wo die Lebensverhältnisse geordnet, gute Wohnmöglichkeiten gegeben, Arbeit und Einkommen gesichert, die Gesundheit gewährleistet ist, da sind Menschen oft auch in der Lage, mit vergleichsweise geringem Einkommen zurecht zu kommen. Armut im strengen Sinn hingegen ist ein komplexes "Verliererschicksal", bei dem mehrere Belastungen kumulieren, wie etwa geringes Einkommen, ungesicherte und zudem schlechte Wohnverhältnisse, hohe Verschuldung, chronische Erkrankung, psychische Probleme, langdauernde Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, aufzehrende Versorgungsverpflichtungen, Perspektivlosigkeit.

Elementare Merkmale eines humanen Lebens (wie zum Beispiel Spielräume haben, Chancen haben, etwas geben oder helfen können) entfallen. Es ist die Lebensqualität, die hier nachhaltig und tiefgreifend beeinträchtigt ist. Armut ist das Verwiesensein auf die Befriedigung sogenannter "primärer Bedürfnisse" (Ernährung, Kleidung, Wohnung usw.) und das Nicht-befriedigen-Können der "höheren Bedürfnisse" (Selbstentfaltung in der Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung, Unterhaltung, Geschenke machen u.ä.). In der Psyche der Menschen trägt solche Armut die Kennzeichen einer Lebenskatastrophe. Viele unter uns leben in diesem Sinn in Armut. Es sind "Mühselige und Beladene", die besonders uns Christen am Herzen liegen müssen.

Die Sozialhilfe ist ein unverzichtbares Instrument für die Bekämpfung der Armut. Sie sichert die Existenzgrundlage und schafft Linderungen, aber sie vermag nicht die Wurzeln der Probleme zu verändern. Die hohe und immer noch steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger ist nicht nur ein Indiz für das Anwachsen relativer Einkommensarmut, sondern auch ein Indiz für die Zunahme von Armut im strengen Sinn, die das Alltagsleben für die Betroffenen zur Tortur macht.

Armut darf nicht als ein Randproblem unserer Gesellschaft mißdeutet und bagatellisiert werden. Armut ist nicht einfach "Schicksal", es gibt vielmehr eine Mitverantwortlichkeit der Gemeinschaft für die Lebenssituation der in ihr lebenden Benachteiligten. Das große Unverständnis breiter Teile der Bevölkerung für die wirklichen Belastungen dieser Benachteiligten ist eine schwere Last nicht allein für die Betroffenen selbst, sondern auch für unser Gemeinwesen. Wir brauchen mehr Verstehen, spontane Hilfe, solidarisches Handeln.

Auch hier geht es um das Teilen und Anteil-Geben. In Not geratene Menschen dürfen weder ausgegrenzt noch stigmatisiert noch pauschal verdächtigt (Mißbrauchsdiskussion) werden. Den ausgrenzenden Entwicklungen (Tendenz zur Ausgrenzung von sozial Schwachen aus guten und mittleren Wohngebieten, harsche Wohnungskündigungs- und Räumungspraxis in vielen Einzelfällen u.a.) muß entgegengewirkt werden. Arme Menschen müssen mehr Anteil an den Lebensmöglichkeiten der in Sicherheit und Wohlfahrt lebenden Bevölkerungsmehrheit haben.

Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut kommen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorrangige Bedeutung zu. Zur Beseitigung struktureller Armutsursachen gehören ferner bessere Hilfen zur Vermeidung von Überschuldung und Insolvenz, die Erhöhung der Unterhaltszahlungen für Kinder sowie die Erhöhung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder und die Erhöhung des Wohngeldes für die unteren Einkommensgruppen. Ziel muß es zudem sein, die Armen für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu befähigen. Unabhängig davon müssen unsere sozialen Sicherungssysteme "armutsfest" gemacht und gleichzeitig in ihrer oft entmündigend wirkenden Ausgestaltung deutlicher an der Personenwürde der Betroffenen ausgerichtet werden. Armut ist ein strukturelles Problem. Deshalb muß auch nach Wirkungen in unserer gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung gefragt werden, die in unheilvoller Weise selektierend und armutsfördernd sein können und die Zielbestimmungen unseres sozialen Rechtsstaates latent unterlaufen.

(-/23. August 1994/hgs/ks)
